

NZZ

Für die Flüchtlinge in der Türkei

EU auf der Suche nach drei Milliarden Euro

Die EU-Regierungschefs wollen beim Schutz der Aussengrenze das Tempo erhöhen – auch um den grenzfreien Schengenraum zu retten. Vor allem die Türkei soll in die Pflicht genommen werden.

von Niklaus Nuspliger, Valletta
12.11.2015



Angela Merkel und Viktor Orban warten auf den Beginn des Treffens der EU-Regierungschefs. (Bild: Alessandra Tarantino / AP)

Eigentlich waren die EU-Regierungschefs für den EU-Afrika-Gipfel zur Migrationspolitik in die maltesische Hauptstadt Valletta gereist. Da aber die meisten Flüchtlinge nicht mehr von Afrika, sondern über die Türkei nach Griechenland gelangen, stand am Donnerstag bei einem anschliessenden EU-Sondergipfel die Seegrenze zur Türkei im Vordergrund. «Ohne effektive Kontrollen der Aussengrenzen wird Schengen nicht überleben», sagte EU-Rats-Präsident Donald Tusk mit Blick auf die temporäre Einführung von Grenzkontrollen in Schweden. «Schengen zu retten, ist ein Rennen gegen die Uhr. Aber wir sind entschlossen, es zu gewinnen.» Ähnlich äusserte sich auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, die nach dem Ende des Gipfels vor den Medien erklärte, alle Regierungschefs hätten den Wert von Schengen stark betont.

Beim Gipfel ging es darum, die Umsetzung bereits gefasster Beschlüsse wie die Errichtung von Hotspots an den Aussengrenzen zu beschleunigen. Auch Ungarn, die Slowakei und Tschechien zeigten sich in Malta nun bereit, je 75 Experten für Einsätze der EU-Asylbehörde EASO und der EU-Grenzschutzagentur Frontex zu stellen.

Vor allem will die EU die Türkei dazu bewegen, die Boote an der Abfahrt zu hindern und mehr Flüchtlinge im Land zu halten – im Wissen, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan heikle Gegenforderungen stellt. Nun macht die EU Schritte auf Erdogan zu. Vor Anfang Dezember soll ein EU-Gipfel mit Erdogan stattfinden, wobei EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker die Hoffnung äusserte, dass dann der geplante Aktionsplan zur Flüchtlings-Kooperation unterzeichnet werden könne. Rasch könnten dann auch die

Beitrittsverhandlungen wiederbelebt werden, indem das Kapitel zur Wirtschafts- und Währungsunion eröffnet wird.

Die Türkei soll im Gegenzug nicht nur die Seegrenze besser sichern und den Flüchtlingen durch die Integration in den Arbeitsmarkt Perspektiven eröffnen. Erleichtert werden soll auch die Rückübernahme abgewiesener Asylbewerber aus Drittstaaten, die über die Türkei nach Europa gelangt sind.

Schliesslich hat die EU-Kommission in Malta einen Plan für einen zweckgebundenen Flüchtlingsfonds im Umfang von 3 Milliarden Euro in den nächsten zwei Jahren vorgelegt, mit dem die Türkei bei der Betreuung der syrischen Flüchtlinge unterstützt werden soll. 500 Millionen sollen aus dem EU-Budget fliessen, für 2,5 Milliarden aber müssten die EU-Staaten aufkommen, was noch für heikle Diskussionen sorgen dürfte.

Ein EU-Trust-Fund zur Bekämpfung der Fluchtursachen

In der maltesischen Hauptstadt Valletta ist am Donnerstag der zweitägige Migrationsgipfel zwischen rund 60 Staats- und Regierungschefs aus Europa und Afrika zu Ende gegangen. EU-Rats-Präsident Donald Tusk, der den Gipfel präsidiert hatte, sprach von «einem wichtigen Schritt zur Stärkung der Kooperation». Man dürfe zwar nicht die Illusion haben, dass sich die Situation über Nacht verbessere, erklärte Tusk, doch müsse man Alternativen schaffen, damit die Menschen nicht mehr auf dem Weg nach Europa ihr Leben riskierten.

Konkret verabschiedeten die Gipfelteilnehmer einen 17-seitigen Aktionsplan. Dieser soll etwa mit mehr finanzieller Unterstützung im Entwicklungs-, Wirtschafts- und Umweltbereich die Fluchtursachen bekämpfen, über eine Verdoppelung der Stipendien für Studenten neue legale Einwanderungswege eröffnen sowie den Kampf gegen das Schlepperwesen intensivieren. Schliesslich sollen die Afrikaner auch eigene Staatsbürger, die in Europa kein Bleiberecht haben, effizienter und rascher wieder zurücknehmen. Allerdings beharrten die Afrikaner darauf, dass die Rückführungen wenn immer möglich auf freiwilliger Basis erfolgen.

Die Schweizer Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga, die ebenfalls am EU-Afrika-Gipfel teilnahm, erklärte, der Gipfel habe unter den Europäern das Bewusstsein gestärkt, dass die meisten Menschen der Perspektivenlosigkeit in ihrer Heimat entflöhen. Allerdings wandere die grosse Mehrheit der Afrikaner innerhalb des eigenen Kontinents aus, nur ein geringer Teil ziehe nach Europa. Daher gelte es, in Afrika neue Perspektiven zu schaffen, wozu auch ein verstärktes finanzielles Engagement Europas nötig sei.

Die Schweiz beteiligt sich darum mit 5 Millionen Franken an einem neuen EU-Trust-Fund für Afrika, der am Donnerstag von EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker und den EU-Regierungschefs besiegelt wurde. Die EU-Kommission stellt darin 1,8 Milliarden Euro bereit. Die EU-Staaten, die gemeinsam eigentlich ebenfalls 1,8 Milliarden spenden sollten, haben bisher aber erst 78,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Mit dem Geld sollen Schlepper und Fluchtursachen bekämpft werden, Schwerpunkte sind die Sahelzone, die Tschadsee-Region, das Horn von Afrika und Nordafrika.

Der senegalesische Präsident Macky Sall begrüsst an einem gemeinsamen Auftritt mit Tusk die neue Kooperationsagenda. Allerdings forderte er auch eine Intensivierung des Kampfs gegen die Steuerhinterziehung sowie fairere Preise für den Abbau natürlicher Ressourcen in Afrika, was die Armut bekämpfen und den Kontinent aus der Abhängigkeit führen würde.